

Frankreich wählt



Mit rund 66 Millionen **Einwohnern** ist Frankreich das zweitgrößte Land der EU. Ein Drittel der Bevölkerung hat Großeltern, die nicht in Frankreich geboren wurden.

Das französische **Wirtschaftswachstum** schwächelt seit Jahren. Im Jahr 2016 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 33.400 Euro, in Deutschland waren es 37.900 Euro.

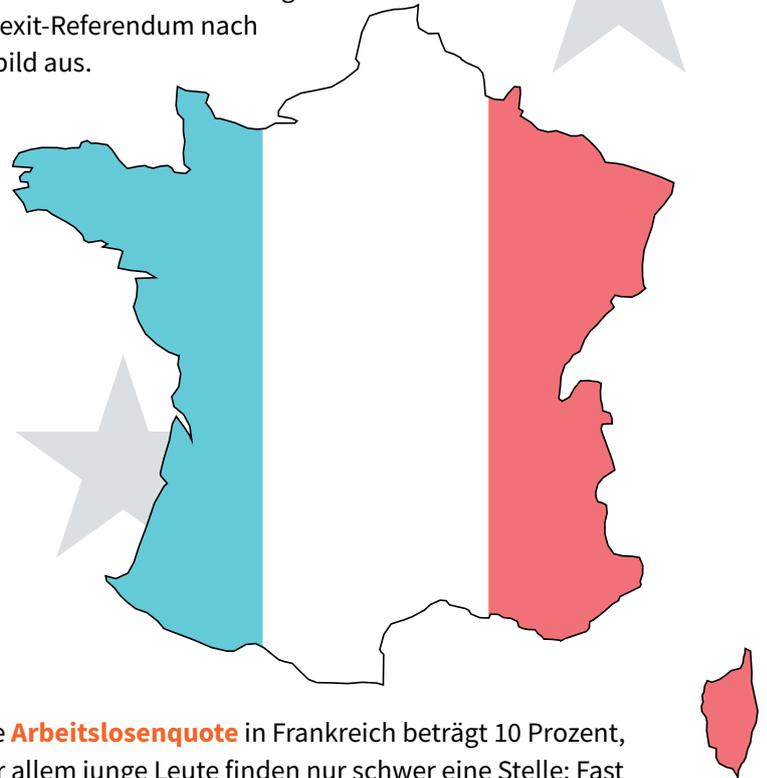


Essen und Trinken ist den Franzosen sehr wichtig. Die UNESCO erklärte die französische Art zu speisen 2010 sogar zum immateriellen Weltkulturerbe. Statistisch gesehen trinkt jeder Franzose pro Jahr rund zwölf Liter reinen Alkohol, Italiener konsumieren nur halb so viel.

Vor hundert Jahren zählte Frankreich zu den Ländern mit den niedrigsten Geburtenraten, heute gebären Französinen im Schnitt rund zwei **Kinder**. Fast die Hälfte aller Babys kommt außerehelich auf die Welt.

In Frankreich sind 58 **Atomkraftwerke** am Netz, damit hat die Grande Nation die weltgrößte Reaktordichte pro Einwohner. Die französischen AKWs produzieren 80 Prozent der benötigten Elektrizität.

Der liberale Kandidat Emmanuel Macron und die rechtsextreme Marine Le Pen gelten als aussichtsreichste Kandidaten für die bevorstehende **Präsidentschaftswahl**. Macron ist bekennender Europäer, Le Pen dagegen spricht sich für die Abschaffung des Euro und ein Frexit-Referendum nach britischem Vorbild aus.



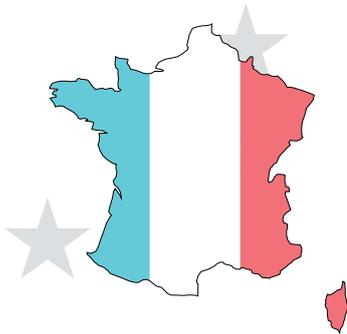
Die **Arbeitslosenquote** in Frankreich beträgt 10 Prozent, vor allem junge Leute finden nur schwer eine Stelle: Fast jeder vierte erwerbsfähige Jugendliche ist auf Jobsuche.



Frankreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der Vorläuferorganisationen der **EU**. Der 1950 verkündete Plan, die deutsch-französische Produktion von Kohle und Stahl einer gemeinsamen Aufsicht zu unterstellen, war gewissermaßen der Nukleus der europäischen Integration.

→ **Seiten 2-5**

Viel Arbeit für den Wahlsieger



Frankreich. *Wen auch immer die Franzosen Anfang Mai zu ihrem neuen Staatsoberhaupt küren – er oder sie steht in jedem Fall vor großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen sind weitere Reformen nötig.*

Am 23. April findet in Frankreich die erste Runde der Präsidentschaftswahl statt; aller Voraussicht nach wird der Sieger aber erst am 7. Mai in einer Stichwahl gekürt.

Dass die Europäer diesmal ganz besonders gebannt nach Paris schauen, liegt vor allem an den starken Umfragewerten von Marine Le Pen – die Chefin des Front National will Frankreich aus der Eurozone und schließlich wohl sogar aus der EU führen.

Doch selbst wenn man dieses Schreckensszenario außer Acht lässt, ist jede Wahl in Frankreich für Deutschland relevant. Denn die beiden Länder sind auf politischer Ebene wichtige Partner, die der EU immer wieder wesentliche Impulse gegeben haben. Und auch wirtschaftlich arbeitet man eng zusammen. So ist der westliche Nachbar-

staat für die deutschen Unternehmen hinter den USA der zweitgrößte Exportmarkt – 2016 betrug der Wert der nach Frankreich verkauften Waren 101 Milliarden Euro.

Deutschland kann es demnach nicht kaltlassen, dass die Franzosen große wirtschaftliche Probleme haben. Diese schlagen sich unter anderem im schwachen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nieder (Grafik). Zudem schneidet Frankreich in internationalen Standortrankings nur mäßig ab. Der Globale Wettbewerbsfähigkeits-Index des World Economic Forum zum Beispiel stuft Frankreich auf Rang 21 von 138 Ländern ein – und damit deutlich schlechter als Großbritannien (Platz 7) und Deutschland (Platz 5).

Besonders ungünstig ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt

sowie im Bereich der öffentlichen Finanzen:

• **Arbeitsmarkt.** Seit Jahren hat Frankreich mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Während der Amtszeit von Präsident François Hollande ist die Zahl der Jobsucher sogar noch gestiegen:

Zwischen Mai 2012 und Januar 2017 hat sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in Frankreich von 2,8 auf fast 3 Millionen erhöht – die Arbeitslosenquote stieg von 9,7 auf 10 Prozent.

Vor allem junge Leute finden nur schwer eine Stelle. Derzeit sind 654.000 unter 25-Jährige als Arbeitslose registriert – fast 24 Prozent aller Erwerbspersonen in dieser Altersgruppe.

Als Ursache für die schlechten Zahlen gelten die hohen Arbeitskosten und die strengen Regulierungen

Frankreich in Zahlen

	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	BIP je Einwohner um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU-28 = 100	Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	Arbeitslosenquote in Prozent	Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP
2014 ▶	0,6	107	0,6	10,3	-1,1
2015 ▶	1,3	106	0,1	10,4	-0,2
2016 ▶	1,2	105	0,3	10,0	-1,0

Daten teilweise geschätzt

Quellen: EU-Kommission, Eurostat, OECD
© 2017 IW Medien / iwd

des Arbeitsmarktes. So zählen die französischen Kündigungsschutzbestimmungen zu den restriktivsten aller OECD-Länder. Hinzu kommen die 35-Stunden-Woche und der allgemeine Mindestlohn, der seit Januar 2017 brutto 9,76 Euro je Stunde beträgt und damit einem Bruttomonatslohn von gut 1.480 Euro entspricht.

Die französische Politik hat zuletzt versucht, einige Beschäftigungshürden durch Reformen abzubauen. Dazu gehören eine Steuergutschrift für Unternehmen, die Geringverdiener beschäftigen, sowie der sogenannte Pakt für Verantwortung und Solidarität. Dieser senkt unter anderem die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber für Niedriglohnpfänger.

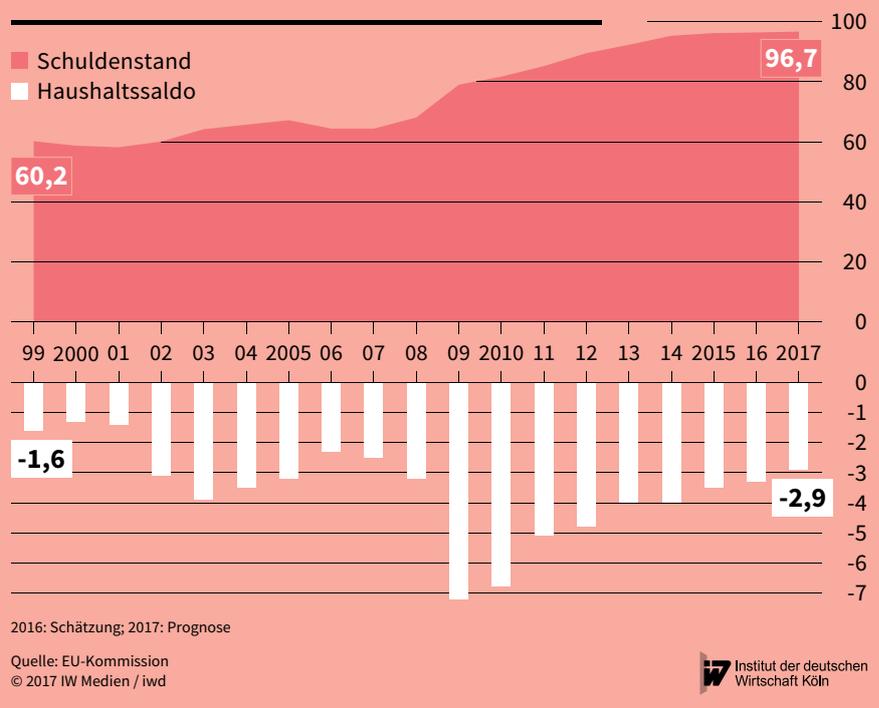
Zudem hat das sogenannte Macron-Gesetz den Arbeitsmarkt in Teilen reformiert. Dadurch können Firmen und Arbeitnehmer beispielsweise in wirtschaftlich schlechten Zeiten leichter Lohnsenkungen oder längere Arbeitszeiten vereinbaren, um die Beschäftigung zu sichern. Für die bei Entlassungen gezahlten Abfindungen gibt es jetzt Richtwerte, die sich nach der Beschäftigungsdauer richten. Und auch im Dienstleistungssektor ist einiges in Gang gekommen – Geschäfte dürfen länger öffnen und in einzelnen reglementierten Berufen wie Rechtsanwalt und Notar gelten nun liberalere Preissetzungsregeln und Markt Zugangsbedingungen.

Um den Arbeitsmarkt jedoch nachhaltig und umfassend in Schwung zu bringen, braucht es weitere Reformen. Dafür muss es der Politik allerdings künftig besser gelingen, den Widerstand der Gewerkschaften zu überwinden.

• **Öffentliche Finanzen.** Handeln muss die künftige französische Staatsführung auch auf dem Gebiet der Finanzpolitik. Zum einen hat das

Frankreich: Der Schuldenberg wächst

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Land das Maastricht-Kriterium, wonach das Haushaltsdefizit weniger als 3 Prozent des BIP betragen soll, in den zurückliegenden Jahren fast nie erfüllt (Grafik):

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise stieg das Budgetdefizit 2009 auf mehr als 7 Prozent der Wirtschaftsleistung, bis 2016 konnte die französische Regierung es nur auf 3,3 Prozent reduzieren.

Zum anderen ist der Schuldenberg in den vergangenen zehn Jahren stetig gewachsen – auf zuletzt fast 2.150 Milliarden Euro. Weil der Haushalt selbst nach Abzug der Zinszahlungen weiterhin im Minus steht und die Wirtschaft allenfalls moderat wächst, ist in Sachen Verschuldung auch keine Trendumkehr zu erwarten. Und: Steigen die Kapitalmarktzinsen wieder an, wird die Verschuldung den französischen Fiskus noch stärker belasten.

Um die Finanzen in den Griff zu bekommen, muss Paris vor allem an der Ausgabenseite ansetzen:

Im Jahr 2015 betrug die französischen Staatsausgaben 57 Prozent des BIP – die Quote war damit deutlich höher als zum Beispiel in Deutschland (44 Prozent) oder im Vereinigten Königreich (43 Prozent).

Maßgeblich für die überdurchschnittliche Ausgabenquote sind in erster Linie die Sozialleistungen, die zuletzt ein Volumen von 26 Prozent der Wirtschaftsleistung hatten. Eine wesentliche Rolle spielen aber auch die vielen Beschäftigten im Staatssektor – die Gehälter im öffentlichen Dienst sind mit 13 Prozent des BIP ein deutlich größerer Ausgabenposten als in vergleichbaren Industrieländern.

IW-Report 10/2017

Berthold Busch: Frankreich – Herausforderungen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik

iwkoeln.de/frankreich

„Der Frexit wäre ein Drama



Foto: privat

Interview. Am 23. April wählen die Franzosen einen neuen Präsidenten. Die Meinungsforscher gehen davon aus, dass der parteiunabhängige liberale Kandidat Emmanuel Macron und die rechtsextreme Marine Le Pen als Sieger aus dem ersten Wahlgang hervorgehen. Zwei Wochen später entscheidet eine Stichwahl darüber, wer tatsächlich als Staatspräsident in den Élysée-Palast einzieht. **Loïc Armand**, Vorsitzender von L'Oréal

Herr Armand, haben Sie im MEDEF schon eine Strategie erarbeitet, wie der Verband auf einen möglichen Wahlsieg Marine Le Pens reagieren wird?

Noch ist Marine Le Pen nicht gewählt, und das wird meines Erachtens auch nicht passieren – obwohl niemand dies gänzlich ausschließen kann. Sie wird voraussichtlich einer der zwei Kandidaten für die Stichwahl sein, aber ich schätze, dass sie gegen François Fillon oder Emmanuel Macron verlieren wird. Gegen Jean-Luc Mélenchon könnte sie gewinnen. Benoît Hamon und die anderen Kandidaten werden sich für den zweiten Wahlgang wohl nicht qualifizieren.

Der Wahlsieg Donald Trumps und die Brexit-Entscheidung haben aber gezeigt, dass in der Politik heutzutage auch das Unwahrscheinliche eintreten kann ...

Nichts ist unmöglich, das ist schließlich eine demokratische Entscheidung. In Frankreich geht es heute darum, dass ein großer Teil der Bevölkerung den starken Wunsch nach etwas Neuem hat. Die Menschen haben die Nase voll von der alten Politik und von Berufspolitikern. Sie vertrauen ihnen nicht mehr.

Falls Marine Le Pen doch gewinnt und der Frexit kommt, hat sich Ihr Job als Vorsitzender des Europa-Ausschusses im MEDEF erledigt, oder?

Überhaupt nicht, dies würde die Mutter aller Schlachten werden. Wenn Frau Le Pen unglücklicherweise

gewählt würde, wäre es unsere erste Pflicht, alles Erdenkliche dafür zu tun, dass sie keine Mehrheit im Parlament bekommt und das Frexit-Referendum verliert. Deshalb ist es wichtig, dass die überzeugten Europäer ihre Stimme erheben, auch in Deutschland.

Sie sind nicht nur im Arbeitgeberverband tätig, sondern auch Vorsitzender von L'Oréal Frankreich. Wie hoch ist der Exportanteil Ihres Unternehmens in andere EU-Länder?

Wir sind ein globales Unternehmen. Wir exportieren aus Frankreich, aber wir verkaufen unsere Produkte von überall auf der Welt, mit großen Fabriken in Deutschland, Italien, Spanien, Belgien und Polen, die alle für den europäischen Markt produzieren.

Ein Frexit hätte also dramatische Konsequenzen für L'Oréal?

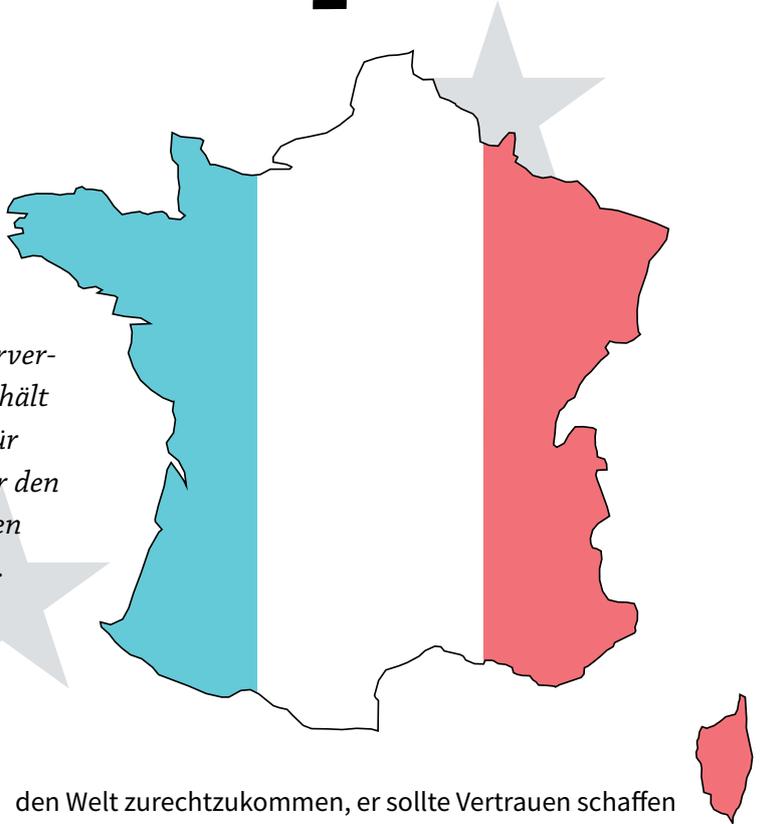
Der Frexit wäre ein Drama für das europäische Projekt, für Frankreich und Deutschland, für unsere Kinder, für die Stabilität und den Frieden in Europa. L'Oréal würde sich anpassen an die neuen Verhältnisse, aber wir müssen alles Menschenmögliche unternehmen, damit es erst gar nicht zu einem Frexit kommt.

Können Sie uns erklären, warum sich so viele Franzosen für den Front National begeistern?

Einige sind fasziniert, aber nicht so viele. Eine ganze Menge Franzosen haben die alte Politik satt. Sie wünschen sich zwei einfache Dinge: Sicherheit und Arbeits-

für uns und für Europa“

Frankreich und des Europa-Ausschusses im Arbeitgeberverband Mouvement des entreprises de France (MEDEF), hält den Sieg Le Pens zwar nicht für ausgeschlossen, aber für unwahrscheinlich. Im iwd-Interview erläutert er, wie er den Frexit verhindern will und welche wirtschaftspolitischen Herausforderungen auf den neuen Präsidenten warten.



plätze. Es ist die Aufgabe unserer Regierungen zusammen mit den EU-Institutionen, den Menschen in Frankreich zu zeigen, dass ein stärkeres und vereintes Europa ihnen das Gewünschte geben kann.

Von den Folgen eines Frexit für die französische Wirtschaft einmal abgesehen – auch die übrigen wirtschaftspolitischen Pläne Le Pens sind offenbar sehr teuer: Sie möchte an der 35-Stunden-Woche festhalten, die Industrie finanziell unterstützen und höhere Sozialleistungen für französische Staatsbürger durchsetzen. Wie soll das alles finanziert werden, wenn doch die Staatsverschuldung schon jetzt bei fast 100 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt?

Lassen Sie uns nicht zu viel darüber spekulieren, wie Le Pen ein Programm umsetzen würde, das es niemals geben wird. Sogar sie selbst weiß es nicht. Sie konzentriert sich lediglich auf die Machtübernahme – und ähnelt damit jenen Politikern, die den Brexit unterstützt haben und sich nach dem Votum weigerten, die daraus entstehende Verantwortung zu übernehmen.

Was sind Ihrer Meinung nach die dringendsten wirtschaftlichen Probleme, um die sich der künftige französische Präsident kümmern sollte?

Der neue Präsident sollte sich mit seinen europäischen Kollegen auf einen Weg verständigen, den Europäischen Binnenmarkt und den Euro zu stärken. Außerdem sollte er unseren Bürgern helfen, in einer sich verändernden

Welt zurechtzukommen, er sollte Vertrauen schaffen sowie für Transparenz sorgen, und er sollte den Unternehmergeist fördern.

Aus Unternehmersicht müsste Ihnen der konservative Präsidentschaftskandidat François Fillon sympathisch sein: Er möchte die Betriebe entlasten, indem er das Arbeitsrecht vereinfacht, das Renteneintrittsalter erhöht und die 35-Stunden-Woche abschafft. Ist er Ihr bevorzugter Kandidat?

MEDEF unterstützt keinen Kandidaten. Wir sind jedoch der Meinung, dass die beiden Wahlprogramme von François Fillon und Emmanuel Macron jene sind, die zu unternehmerischem Fortschritt und Wohlstand beitragen würden.

Macron werden ebenfalls gute Chancen auf einen Wahlsieg eingeräumt. Wäre er ein guter Präsident?

Meiner Meinung nach sollte Frankreich die Führung in die Hände junger Menschen legen. Emmanuel Macron ist ein exzellenter Kandidat.

Was würde ein Sieg Macrons für die Zukunft der Europäischen Union bedeuten?

Damit wäre die Hoffnung verbunden, dass der europäische Traum fortbesteht. Dann können auch jene Schritte erfolgen, die nötig sind, damit Europa noch stärker zusammenwächst und gemeinsame Projekte verwirklicht werden – wobei die unterschiedliche Kultur der einzelnen Länder stets zu respektieren ist.

Jeder Fünfte ist Akademiker

Bildung. Schon seit Jahrzehnten gibt es in Deutschland einen Trend zu höheren Bildungsabschlüssen. Durch die Flüchtlingsmigration steigt zwar derzeit der Anteil der Geringqualifizierten, doch in den kommenden Jahren dürften viele Flüchtlingskinder ein höheres Bildungsniveau als ihre Eltern erreichen.

In der Bundesrepublik erwerben immer mehr Menschen einen akademischen Abschluss – während gleichzeitig immer weniger gar keinen berufsqualifizierenden Abschluss haben (Grafik):

Der Akademikeranteil betrug im Jahr 2005 rund 15 Prozent – im Jahr 2014 verfügten bereits mehr als 20 Prozent der 25- bis 64-Jährigen über einen Hochschulabschluss.

Für diese Entwicklung sind im Wesentlichen drei Faktoren verantwortlich:

Erstens steigt der Anteil der jungen Leute, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben und ein Studium aufnehmen, in Deutschland seit zwei Jahrzehnten stark.

Zweitens sind seit 2001 viele junge Hochqualifizierte – vor allem aus anderen EU-Staaten, aber auch aus Drittstaaten – nach Deutschland zugewandert.

Drittens hat die Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor und Master dazu geführt, dass in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen viele schneller einen

akademischen Abschluss erhalten haben, als dies zu Diplom- und Magisterzeiten der Fall war.

Im Zuge dieser Entwicklung erreichen heutzutage viele junge Menschen in Deutschland auch ein höheres Bildungsniveau als ihre Eltern.

Im Zeitraum 2013/2014 hatten fast 27 Prozent der 25- bis 34-Jährigen in Deutschland einen höheren Abschluss als der Vater und 35 Prozent einen höheren Abschluss als die Mutter.

Noch besser sind die Ergebnisse, wenn man sich die 35- bis 44-Jährigen anschaut, deren Bildungslaufbahn in der Regel abgeschlossen ist. In dieser Alterskohorte haben 29 Prozent einen höheren Bildungsabschluss als der Vater und 40 Prozent ein höheres Bildungsniveau als die Mutter.

Für die weitere Entwicklung der Bildungsmobilität spielt die Zuwanderung nach Deutschland eine wesentliche Rolle. Derzeit kommen sowohl viele Zuwanderer aus der EU als auch Flüchtlinge, die hier Schutz suchen. Gerade weil viele Flüchtlinge ein vergleichsweise geringes Bildungsniveau haben, dürften ihre Kinder zu Bildungsaufsteigern werden.

Aus IW-Trends 1/2017

Christina Anger, Wido Geis: Bildungsstand, Bildungsmobilität und Einkommen

iwkoeln.de/bildungsmobilitaet

Immer mehr Hochschulabsolventen

So viel Prozent der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung in Deutschland verfügen über diesen Bildungsstand



Rest zu 100: keine Angabe

2005

2014

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

Stabiler als vermutet

Lohnquote. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen ist in den vergangenen Jahren nahezu konstant geblieben. Die Lohnquote liefert also keinen Beleg für eine umfassende Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen. Ohnehin bildet die Quote die Realität nur unvollständig ab.

Populisten zufolge ist die Globalisierung verantwortlich für wirtschaftlichen Niedergang und eine zunehmende Ungleichheit. Angesichts solcher Behauptungen wird in Deutschland auch die Frage diskutiert, ob die Arbeitseinkommen zugunsten der Kapitaleinkommen an Bedeutung verloren haben. Wäre das so, würde die personelle Einkommensverteilung ungleicher und selbst ein insgesamt steigender Wohlstand käme dann bei vielen Arbeitnehmern nicht an – schließlich haben die Haushalte sehr unterschiedliche Kapitaleinkünfte.

Eine zunehmende Schiefelage ist in Deutschland allerdings nicht zu erkennen (Grafik):

Die Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen – hat sich seit 2009 bei etwa 68 Prozent stabilisiert.

Dass die Quote in früheren Jahren stark schwankte, liegt weniger an den Arbeitnehmerentgelten, sondern vor allem an der anderen Komponente des Volkseinkommens, den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Sie folgen deutlich stärker dem Auf und Ab der Konjunktur.

Diese Einkommensgröße beruht zudem auf einer Vielzahl von Schätzungen und ist ein Sammelposten, der auch die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte umfasst.

Auch an anderer Stelle ist die Zuordnung ungewöhnlich: Die

Arbeitseinkommen der Selbstständigen und der mithelfenden Familienangehörigen zählen ebenfalls zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Viel plausibler ist es, diese – geschätzten – Einkommen zu den Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten zu addieren, um die gesamten Arbeitseinkünfte in einer Volkswirtschaft abzubilden. Das Ergebnis ist die Arbeitseinkommensquote:

Die gesamten Arbeitseinkommen machten in Deutschland im Jahr 2016 knapp 76 Prozent des Volkseinkommens aus.

Damit lag die Quote um 7,5 Prozentpunkte über der „klassischen“ Lohnquote. Aber auch die Arbeitseinkommensquote hat sich in letzter Zeit nur wenig verändert.



Wie sich die Lohnquoten international entwickelt haben, lesen Sie auf iwd.de/lohnquoten

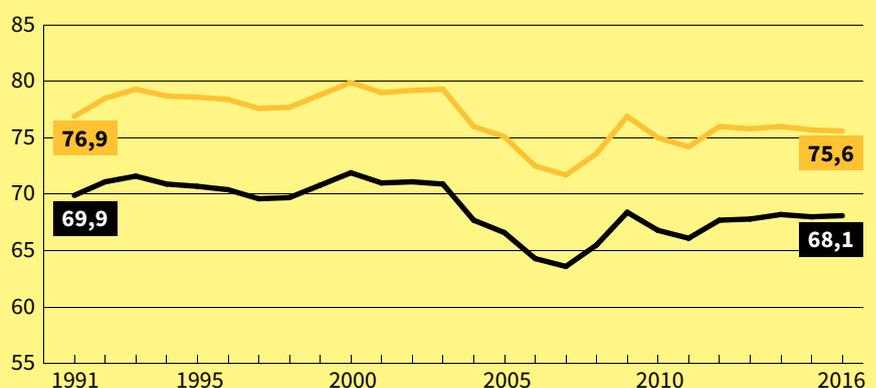
Aus IW-Trends 1/2017

Michael Grömling: Entwicklung der makroökonomischen Einkommensverteilung in Deutschland

iwkoeln.de/einkommensverteilung

Lohnquote in Deutschland: Langfristig recht konstant

- **Lohnquote** Arbeitnehmerentgelte in Prozent des Volkseinkommens
- **Arbeitseinkommensquote** Arbeitnehmerentgelte plus Arbeitseinkommen der Selbstständigen in Prozent des Volkseinkommens



Arbeitnehmerentgelte: Bruttolöhne und -gehälter der abhängig Beschäftigten zuzüglich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie deren Aufwendungen für Betriebsrenten und Beamtenpensionen; Arbeitseinkommen der Selbstständigen: hier berechnet als Zahl der Selbstständigen multipliziert mit dem Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Wadenbeißer gegen Platzhirsch

Tarifkonflikte. Kleine Gewerkschaften wie die Piloten- und die Lokführerorganisationen ziehen oft auffallend konfliktfreudig in ihre Tarifverhandlungen. Besonders stark schaukeln sich Revierkämpfe mit den etablierten Branchengewerkschaften auf, wie eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt.

Die Jahre 2014 und 2015 waren mit ihren streikbedingten Zug- und Flugausfällen der Schrecken aller Reisenden: Die Vereinigung Cockpit hat die Piloten der Lufthansa seit 2012 insgesamt 14-mal in den Ausstand geschickt – und die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) bestreikte die Deutsche Bahn allein 2014 und 2015 neunmal.

Weil ohne ihre Klientel nichts fliegt oder fährt, erscheint es den Piloten- und Lokführervertretern besonders erfolgversprechend, einen kompromisslosen Arbeitskampf zu führen. Dabei schwingt auch gewerkschaftliches Eigeninteresse mit, denn die Spartenvertretungen wollen neue Anhänger gewinnen und ihren Einflussbereich ausweiten.

Doch gilt tatsächlich die Regel: je kleiner eine Gewerkschaft, desto böser? Wer nur auf die letzten Monate schaut, könnte die Wadenbeißer-These anzweifeln. Die jüngste Tarifrunde der GDL endete Mitte März nach einer Schlichtung – aber ohne Streiks. Und die Vereinigung Cockpit hat sich wenige Tage später mit der Lufthansa auf ein Eckpunktepapier geeinigt und eine Friedenspflicht bis 2022 vereinbart.

Zur selben Zeit fielen jedoch in Berlin Flüge aus, weil die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für das Bodenpersonal der Flughäfen höhere Löhne herausholen wollte. Und auch für die Erzieher und

Krankenpfleger hat sich ver.di zuletzt vehement ins Zeug gelegt.

Welche Gewerkschaften in Deutschland am konfliktfreudigsten sind und welche Branchen besonders darunter zu leiden haben, hat das IW Köln in einer Studie zur Konfliktintensität von Tarifverhandlungen seit dem Jahr 2000 unter-

sucht. Sie berücksichtigt nicht nur Streiks, sondern alle Eskalationsstufen wie Streikdrohungen, Urabstimmungen oder juristische Auseinandersetzungen. Es zeigt sich (Grafik):

- **Spartengewerkschaften provozieren die meisten Konflikt-handlungen.** Platz eins und zwei gehen klar an die kleinen Gewerkschaften

Spartengewerkschaften: Stärker auf Krawall gebürstet

Durchschnittlicher Verlauf der Tarifkonflikte, an denen diese Gewerkschaften von 2000 bis 2016 beteiligt waren

	Konfliktintensität in Punkten	Maximale Eskalationsstufe	Verhandlungsdauer in Monaten
Spartengewerkschaften			
Vereinigung Cockpit (seit 2001)	27,3	3,1	14,8
Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (seit 2003)	26,1	4,4	9,7
Marburger Bund (seit 2005)	16,6	3,4	5,0
Unabhängige Flugbegleiter Organisation (seit 2000)	15,3	4,9	12,2
Gewerkschaft der Flugsicherung (seit 2003)	12,8	3,4	7,4
Branchengewerkschaften			
Tarifgemeinschaft ver.di, dbb beamtenbund und tarifunion, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (seit 2002)	20,9	4,6	5,1
IG Metall (seit 2000)	19,6	4,2	3,4
ver.di (seit 2001)	13,5	3,6	4,9
IG Bauen-Agrar-Umwelt (seit 2000)	7,0	3,3	5,2
Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (seit 2000)	6,7	2,7	5,7
IG Bergbau, Chemie, Energie (seit 2000)	0,7	0,6	2,9

Von 2000 bis 2016: Zählung beginnt teilweise später, also mit dem Jahr, seit dem die Gewerkschaft oder Tarifgemeinschaft eigenständig Tarifverhandlungen führt; Eskalationsstufe: Einstufung aller Konflikt-handlungen in eine Punkteskala von 0 bis 7, 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streikdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikaufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung, 7 = Arbeitskampf; Konfliktintensität: aufsummierte Punktzahl aller Konflikt-handlungen während einer Tarifrunde

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

Vereinigung Cockpit und GDL. Aber auch die Tarifgemeinschaft des öffentlichen Dienstes und die IG Metall haben pro Tarifrunde viele Konfliktpunkte gesammelt – mehr als etwa die Ärztevertretung Marburger Bund und die Unabhängige Flugbegleiter Organisation (UFO).

Worin die meisten Spartenvertreter ihre Branchenkonkurrenz über treffen, ist die Verhandlungsdauer. Dadurch, dass sich die einzelnen Konfliktaktionen wie Streikaufrufe und Warnstreiks während einer Sparten-Tarifrunde häufiger wiederholen, ziehen sich die Verhandlungen teils extrem in die Länge – und das führt zur hohen durchschnittlichen Konfliktintensität.

• **Statuskonflikte schaukeln sich stärker auf.** Solange Berufsgruppenvertreter Tarifbusiness as usual machen, also nur über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln, geben sie sich gemäßigt, wie zuletzt die GDL. Geht es aber um sogenannte Statuskonflikte, also darum, den tarifpolitischen Einflussbereich gegenüber anderen Gewerkschaften und gegen den Willen der Arbeitgeber auszuweiten, werden alle Register gezogen.

Besonders drastisch zeigte sich das in der vorletzten Tarifrunde der GDL, als diese es auch darauf anlegte, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) die Vertretungsberechtigung für das Zugpersonal abzugagen. Die Platzhirsche alias Branchengewerkschaften lassen sich von diesen Revierkämpfen anstecken, wie zum Beispiel ver.di bei den Erzieherinnen in den Kitas.

Zwar kamen Statuskonflikte von 2000 bis 2016 sowohl bei Sparten- als auch bei Branchengewerkschaften selten vor, nämlich nur 13- beziehungsweise neunmal. Dafür sprengen sie aber jeden Rahmen: Die Statuskonflikte der Berufsgewerkschaften erstreckten sich seit 2000 im

Tarifkonflikte im Branchenvergleich: Gebeutelte Lufthansa

Konfliktintensität insgesamt von 2000 bis 2016 in Punkten

		Gewerkschaften
Deutsche Lufthansa, Eurowings	51	Vereinigung Cockpit, Unabhängige Flugbegleiter Organisation, ver.di
Krankenhäuser	34	Marburger Bund, ver.di
Deutsche Bahn	33	GDL, EVG
Öffentlicher Dienst	21	Tarifgemeinschaft ver.di, dbb, GEW
Metall- und Elektro-Industrie	20	IG Metall
Einzelhandel	18	ver.di
Druckindustrie	16	ver.di
Deutsche Telekom, T-Systems	15	ver.di
Deutsche Post	15	ver.di
Flugsicherung	13	Gewerkschaft der Flugsicherung
Privates Bankgewerbe	9	ver.di
Bauhauptgewerbe	7	IG BAU
Chemische Industrie	1	IG BCE

Konfliktintensität: Alle Konfliktaktionen werden in eine Punkteskala von 0 bis 7 eingestuft, 0=Tarifverhandlung, 1=Streikdrohung, 2=Abbruch der Verhandlungen, 3=Streikaufruf, 4=Warnstreik, 5=Scheitern und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6=Scheitern und Urabstimmung, 7=Arbeitskampf. Um die Konfliktintensität einer Tarifrunde zu ermitteln, werden die Punktzahlen aller Konfliktaktionen aufsummiert. Die Konfliktintensität insgesamt in einem bestimmten Zeitraum wird aus der Summe der durchschnittlichen Konfliktintensität aller verhandelnden Gewerkschaften gebildet.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Schnitt über mehr als elf Monate, die der Branchengewerkschaften über fast neun Monate – die üblichen Lohnrunden dauerten dagegen nur vier bis fünf Monate.

• **Ein besonderes Problem haben jene Branchen und Unternehmen, die mit mehreren Gewerkschaften verhandeln müssen.** Davon kann vor allem die Lufthansa ein Lied singen, die sich regelmäßig mit drei verschiedenen Gewerkschaften auseinandersetzen muss (Grafik):

Lufthansa und Eurowings kamen in den Verhandlungen mit den Piloten, den Flugbegleitern und dem Bodenpersonal auf kumulierte 51 Konfliktpunkte.

Die Tarifrunden in der traditionell friedlichen Chemischen Industrie,

die nur die IG Bergbau, Chemie, Energie als Gegenüber hat, liegen dagegen im Schnitt lediglich bei einem Konfliktpunkt – zu mehr als einer Streikdrohung kommt es hier also selten.

Weil das 2015 verabschiedete Tarifeinheitsgesetz jenen Arbeitgebern wie der Lufthansa nicht hilft, bei denen verschiedene Gewerkschaften für verschiedene Berufsgruppen verhandeln, liebäugelt die Politik mit weiteren Eingriffen in die Tarifautonomie. Nötig wäre das nicht, denn auch so haben die Tarifpartner Möglichkeiten, sich friedlich zu einigen: Sie können im Vorfeld einen Mediator einsetzen oder wie die Deutsche Bahn und die GDL eine Schlichtung vereinbaren.

Zimmer frei?

Wohnen. *Studenten haben es auf dem Wohnungsmarkt schwer: In vielen Städten ist Wohnraum knapp. Seit Jahren wird in den meisten Ballungszentren zu wenig gebaut – und wenn doch, entstehen meist Luxuslofts und Einfamilienhäuser, aber kaum Studentenbuden.*

Kann man sich über einen Studienplatz in München freuen? So richtig wohl erst, wenn man dort eine bezahlbare Bleibe gefunden hat. Denn in München sind Unterkünfte besonders teuer, wie der Studentenwohnpreisdex des Deutschen Real Estate Funds (DREF) und des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt (Grafik):

Im zweiten Halbjahr 2016 kostete eine typische Studentenbleibe in München inklusive Nebenkosten 634 Euro monatlich.

In den anderen 14 deutschen Unistädten, die das IW Köln nun zum dritten Mal verglichen hat, sind Studenten-

tenappartements deutlich günstiger – in Bochum kostete eine Studentenwohnung zuletzt 344 Euro im Monat, in Leipzig sogar nur 322 Euro.

Betrachtet man alle 15 Unistädte, müssen Studenten derzeit im Schnitt fast 10 Euro Nettokaltmiete pro Quadratmeter Wohnfläche bezahlen.

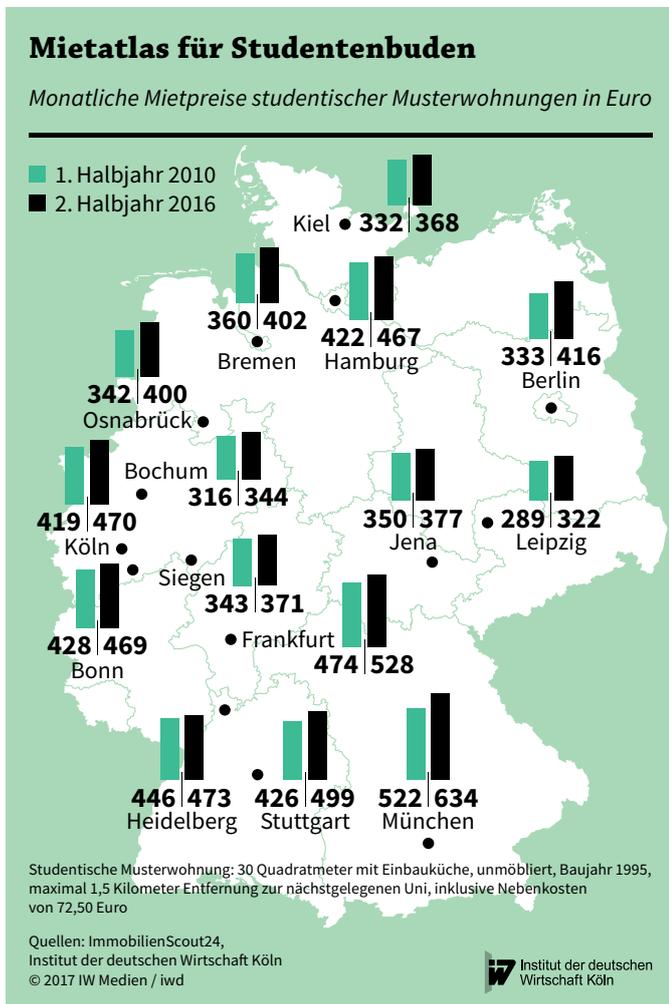
In Berlin beläuft sich der Quadratmeterpreis für ein Studentenappartement aktuell auf 9,70 Euro, in Stuttgart sind 13,08 Euro fällig und in München, dem teuersten Pflaster, sogar 17,14 Euro.

Ein Vergleich der Jahre 2010 und 2016 zeigt, dass einige Städte für Studenten auch damals schon vergleichsweise teuer waren: So waren je Quadratmeter Wohnfläche für ein Mikroappartement in München 2010 bereits 12 Euro fällig.

Die rasanteste Mietpreissteigerung gab es allerdings in Berlin: Im zweiten Halbjahr 2016 kostete der Quadratmeter für eine Studentenwohnung in der Hauptstadt im Schnitt 57 Prozent mehr als 2010.

Dass die Mieten für Studenten überall deutlich steigen, liegt hauptsächlich an der geringen Bautätigkeit. In Berlin, Stuttgart und München wurde zwischen 2011 und 2015 jeweils nur rund 40 Prozent dessen gebaut, was nötig gewesen wäre, um den Bedarf an Wohnraum zu decken. Lediglich in Bochum, Jena und Siegen wurde mehr gebaut als erforderlich.

Was die Wohnungsmisere noch verschärft, ist, dass in den meisten Unistädten überwiegend große Wohnungen, Einfamilienhäuser sowie luxuriöse und damit hochpreisige Einzimmerwohnungen entstehen. Mit solchen Objekten erzielen Projektentwickler höhere Margen als mit kleinen Wohnungen. Solange Bauland in diesen Städten knapp ist, wird sich deshalb für Studenten nichts an den stetig steigenden Mietpreisen ändern.



Studie

Björn Seipelt, Michael Voigtländer: IW-DREF-Studentenwohnpreisdex und Baubedarfe in deutschen Groß- und Universitätsstädten iwkoeln.de/studentenwohnungen

Die Reform hat sich bewährt

Arbeitslosengeld. SPD-Politiker plädieren dafür, das Arbeitslosengeld I unter bestimmten Voraussetzungen länger als bisher zu gewähren. Dabei hat die Kürzung der maximalen Bezugsdauer im Zuge der Hartz-Reformen dazu beigetragen, die Beschäftigungssituation Älterer zu verbessern. Die Argumente für die restriktivere Regelung gelten nach wie vor.

Bis Mitte der 1980er Jahre galt beim Arbeitslosengeld (ALG): zwölf Monate für alle. In der Folgezeit wurden die Regelungen für Ältere allerdings immer großzügiger. Im Jahr 2003 fasste die damalige rot-grüne Bundesregierung dann den Beschluss, die Bezugsdauer des ALG von bis zu 32 Monaten ab 2006 auf höchstens 18 Monate zu reduzieren. Vor allem die Gewerkschaften kritisierten die Reformpläne heftig. Ihre zwei wichtigsten Argumente haben sich jedoch als nicht stichhaltig erwiesen:

Arbeitsmarktchancen für Ältere. Die Gewerkschaften behaupteten damals, ältere Arbeitslose hätten keine Chancen, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. Die verkürzte Bezugsdauer des Arbeitslosengelds bewirke deshalb nur, dass die Betroffenen fortan Sozialleistungen – heute ALG II – beziehen müssten. Doch diese Befürchtung hat sich nicht bewahrheitet – im Gegenteil (Grafik):

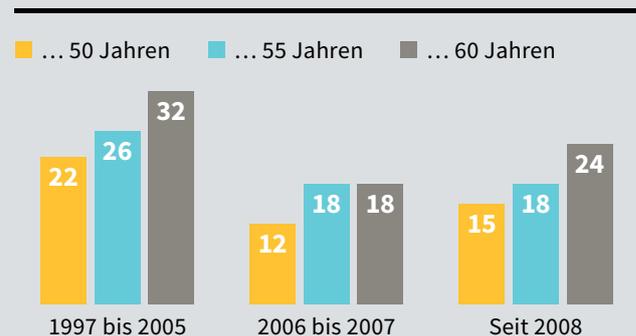
Seit 2005 ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in der Altersgruppe der über 50-Jährigen von 56 auf 73 Prozent und bei den über 55-Jährigen von 45 auf 66 Prozent gestiegen.

Der naheliegende Grund: Vor der Reform hatte die lange Bezugsdauer des Arbeitslosengelds dazu geführt, dass viele Ältere gar nicht die Rückkehr in den Arbeitsmarkt anstrebten, sondern eher den vorzeitigen Ruhestand. Dies ist nun kaum noch möglich.

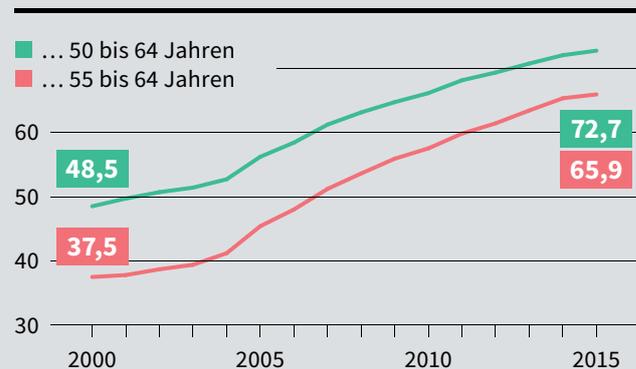
Ein kürzerer Arbeitslosengeldbezug setzt aber auch für Jüngere die besseren Anreize. Wer zwei Jahre lang das relativ großzügige ALG I beziehen kann, sucht erfahrungsgemäß weniger intensiv nach einem neuen Job als jemand, dem bereits nach zwölf Monaten Hartz IV droht. Eine lange ALG-Zahlung signalisiert zudem fälschlicherweise, dass man sich bei der Arbeitssuche Zeit lassen kann. Dabei sinken die Chancen auf eine neue Stelle spätestens nach zwölf Monaten ohne Job deutlich.

Arbeitslosengeld: Kürzerer Bezug – mehr Beschäftigung

Maximale Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in Monaten für Arbeitnehmer im Alter von ...



Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung im Alter von ...



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Gerechtigkeit. Den Gewerkschaften zufolge ist es gerecht, wenn ältere Arbeitnehmer länger Arbeitslosengeld beziehen – sie hätten ja auch länger in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt.

Dieses Argument verkennt jedoch die Tatsache, dass die Arbeitslosenversicherung kein Sparvertrag ist, sondern eine Risikoversicherung. Wer lange Beiträge gezahlt hat, der hat auch lange vom sozialen Schutz profitiert – selbst wenn er nicht arbeitslos geworden ist und daher keine Versicherungsleistungen in Anspruch nehmen musste.



Einen Kommentar des IW-Arbeitsmarktexperten
Holger Schäfer zu diesem Thema lesen Sie auf
iwd.de/arbeitslosengeld

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe
(verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,
Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis:
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,
inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag:
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die
elektronische Verwertung über:
lizenzen@iwkoeln.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Päpste und Literaten

Da wird seit Jahrzehnten über den schwindenden Einfluss der Kirche geklagt – und dann das: Gleich zwei Päpste landen im „Influence Ranking“ für den deutschsprachigen Raum unter den Top Ten. Als einflussreiche Denker gelten Personen, denen es gelingt, relevante Diskurse über ihr Fachgebiet hinaus in die digitale Welt zu tragen und zu verbreiten. Dass im Deutschland-Ranking relativ viele fremdsprachige Vordenker auftauchen, ist kein Zufall: Mit 105 Millionen Muttersprachlern ist der deutsche Sprachraum recht klein, außerdem erlernen deutsche Schüler im Schnitt zwei Fremdsprachen – die Kids in den USA dagegen weniger als eine.

Thought Leaders: Auf wen wir hören

Die einflussreichsten Personen für den deutschsprachigen Raum

- | | |
|---|---|
| 1 Papst Franziskus
Argentinien, Papst | 6 Santiago Calatrava
Spanien/Schweiz, Architekt |
| 2 Karl Lagerfeld
Deutschland, Künstler | 7 Stephen Hawking
Vereinigtes Königreich, Physiker |
| 3 Herta Müller
Deutschland, Schriftstellerin | 8 J. K. Rowling
Vereinigtes Königreich, Schriftstellerin |
| 4 Noam Chomsky
USA, Linguist | 9 Papst Benedikt XVI.
Deutschland, emeritierter Papst |
| 5 Werner Herzog
Deutschland, Künstler | 10 Richard Dawkins
Vereinigtes Königreich, Biologe |

Auswahl der 186 einflussreichsten Personen in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Jahr 2016 durch das Schweizer Gottlieb Duttweiler Institut. Als „Thought Leaders“ kommen lebende Personen infrage, die vorwiegend als Denker agieren und über die Grenzen des eigenen Fachgebiets hinaus bekannt und einflussreich sind. Politiker, Manager und Unternehmer sind von der Aufnahme in das Ranking ausgeschlossen.

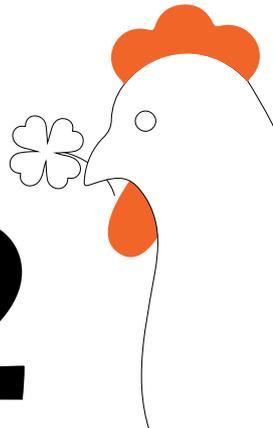
Quelle: Gottlieb Duttweiler Institut
© 2017 IW Medien / iwd

iW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Zahl der Woche

12

Milliarden



Eier wurden im Jahr 2016 in Deutschland in Betrieben produziert, die mindestens 3.000 Haltungsplätze für Legehennen hatten. Gegenüber 2015 stieg die Eierproduktion um 1,5 Prozent. Mit knapp 7,6 Milliarden kommen zwar die meisten Eier aus Bodenhaltung. Doch immer mehr Frühstückseier tragen den Öko-Stempel – mit 1,2 Milliarden war die Zahl der ökologisch erzeugten Eier im vergangenen Jahr um gut 12 Prozent höher als 2015. Inzwischen zählen die Öko-Betriebe 4,2 Millionen Legehennen – die Zahl liegt damit erstmals über der jener Tiere, die in sogenannten Kleingruppen und ausgestalteten Käfigen gehalten werden.

Neu auf iwd.de: Pendler beim Wohnungskauf im Vorteil

Die Deutschen geben für eine Immobilie im Schnitt 242.000 Euro aus. Für diesen Betrag bekommen sie im Landkreis Stendal fast 300 Quadratmeter Wohnfläche, in der Münchener City dagegen nur 44 Quadratmeter. Ein paar Kilometer außerhalb der Großstadtzentren gibt es allerdings durchaus bezahlbare Wohnungen – wer pendelt, kann also deutlich günstiger kaufen. Wie es in den einzelnen Regionen in Sachen Immobilienpreise aussieht und wie die Bundesbürger generell zum Wohneigentum stehen, lesen Sie auf iwd.de.

Neu

